



Unnötige Aufregung

Berlin, 15. März. Der französische Botschafter Pontet hat gestern beim Reichsaußenminister Freiherrn v. Neurath Beschwerde geführt gegen die Verwendung von Hilfs-polizei im entmilitarisierten Gebiet und gegen die Besetzung einer Kaserne in Kehl (Baden) durch SA., was gegen den Versailler Vertrag verstöße. Der Reichsminister wies die Beschwerde zurück. Weder die Hilfspolizei noch die SA. — von letzterer war höchstens jeder zehnte Mann mit einer Jagdflinte oder einem Revolver bewaffnet — seien als „bewaffnete Streitkräfte“ anzusehen. Es habe sich überhaupt um innerpolitische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der gefährdeten Ruhe und Sicherheit gehandelt.

Paris, 15. März. Die Annahme, daß die französische Regierung wegen der 36stündigen Besetzung einer Kehler Kaserne durch SA. versucht hat, sich die Unterstützung der britischen Regierung zu verschaffen und daß ihr diese verweigert wurde, wird durch einen einwandfreien Zeugen, den Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“, bestätigt. Dieser meldet aus London, der amtliche Standpunkt Englands sei, daß die Rundgebungen der Nationalsozialisten in der entmilitarisierten Rheinlandzone nicht als abschließliche Herausforderungen angesehen werden dürfen. Es handle sich lediglich um einen innerpolitischen Vorgang.

Auch der Londoner Berichterstatter des „Petit Journal“ liefert den Beweis, daß der „Quai d'Orsay“ nach Unterstufung Ausschau gehalten hat. Er beschäftigt sich mit den Schritten, die der französische Botschafter in den letzten Tagen im Auswärtigen Amt in London unternommen hat, und erklärt, daß Aloisi gestern in Genf Mac Donald die Ansicht Mussolinis zu der Besetzung einer Kaserne in Kehl durch Nationalsozialisten dargelegt habe. Danach lege der italienische Ministerpräsident den Locarnovertrag so aus, daß sogar die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens Englands und Italiens ausgeschlossen sei, falls England in Berlin Schritte unternehmen wolle. Mussolini sei der Ansicht, daß die Erklärung, die die Reichsregierung über den Vorgang in Kehl gegeben habe, diesen belege. Was die Einstellung von Nationalsozialisten als Hilfspolizei betreffe, so vertrete Mussolini den Standpunkt, daß die revolutionäre Lage in Deutschland diese Maßnahme rechtfertige.

Die Berliner „Kreuzzeitung“ erklärt, die ganz unverständliche Auffassung der französischen Regierung ist mit Recht vom Auswärtigen Amt zurückgewiesen worden. Man darf nur hoffen, daß die französische Regierung aus dieser Ablehnung die Lehre zieht, uns ferner mit Einmischungen in innerdeutsche Verhältnisse, die sie nichts angehen, zu verschonen.

Deutsche Beschwerde in Prag

Prag, 15. März. Der deutsche Gesandte Dr. Koch hat zu wiederholten Malen im tschechoslowakischen Außenministerium gegen die Gehässigkeiten und Maßlosigkeiten in der Berichterstattung einzelner Blätter der Tschechoslowakei Vorstellungen erhoben. Von der tschechoslowakischen Regierung wurde dem Gesandten „volles Verständnis“ entgegengebracht. Der Vertreter des Außenministers Dr. Beneš, Minister Krofta, hat zugesichert, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß in Zukunft beunruhigende und übertriebene Darstellungen der Vorgänge in Deutschland in der Presse der Tschechoslowakei unterbleiben.

Ablehnende Haltung Englands

In Erwartung der Begegnung Mac Donalds — Mussolini

London, 15. März. Die französischen Bemühungen, in Genf eine gemeinsame englisch-französische Front zu bilden und die Schuld an einem Scheitern der Abrüstungskonferenz Deutschland zuzuschreiben, scheinen bisher nicht glücklich zu sein. Mac Donald gab Paul-Boncour zu verstehen, daß Frankreich sich mit einer weitgehenden Abrüstung einverstanden erklären müsse, wenn die Konferenz gerettet werden und wenn vor allem Deutschland von einer Abrüstung abgehalten werden solle. Die Franzosen scheinen nun in eine gewisse Rüstungsverminderung einwilligen zu wollen um den Preis, daß England mit Frankreich einen Vertrag zur „Verbürgung des Friedens in Europa“ abschließen. Die englische Öffentlichkeit lehnt ein derartiges Abkommen, dessen Tragweite aus den bitteren Erfahrungen des Jahres 1914 nur zu gut bekannt ist, ab. Allerdings ist noch unsicher, ob auch Mac Donald und die Regierung fest bleibt, nachdem die französische Regierung die von Mac Donald geforderten Zugeständnisse Frankreichs als unannehmbar erklärt hat. Vielfach ist man geneigt, der wahrscheinlich bevorstehenden Aussprache Mac Donalds mit

Tagespiegel

Nach halbamtlicher Mitteilung ruhen die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Bayern, bis der Reichskanzler am Samstag nach München zurückkehren wird.

Der preussische Ministerpräsident soll in der zweiten Landtags-sitzung am 23. März gewählt werden.

Die Mitglieder der bisherigen preussischen Regierung Braun haben erklärt, daß sie von einer Weiterverfolgung ihrer Klage auf Ungültigkeitserklärung der Landtagswahl vor dem Staatsgerichtshof abzusehen beabsichtigen, sobald die Neubildung der Regierung durch den Landtag verfassungsmäßig erfolgt sei.

Auf eine Anfrage im preussischen Staatsrat teilte der kommissarische preussische Innenminister mit, der Landesgesundheitsrat habe den Entwurf eines Gesetzes über eugenische Sterilisation ausgearbeitet, der vom Innenministerium als Grundlage für weitere Erörterungen im Reich angenommen worden sei. Der Entwurf liege zur Zeit den übrigen kommissarischen preussischen Ministern zur Erklärung ihres Einverständnisses vor. Zugestimmt hätten bis jetzt der Finanzminister, der Minister für Wirtschaft und Arbeit und der Justizminister. Sobald die übrigen Zustimmungen eingegangen seien, werde der Entwurf dem Reichsinnenminister als Grundlage für weitere Beratungen im Reich übermittleit werden.

Die vom Reich an Hilfsbedürftige durch die Länderbehörden zu verteilende Butter soll in Paketen von nicht unter einem Viertelpfund verteilt werden. Für Umformen, Verpackung usw. dürfen 10 Pf. je Pfund berechnet werden, die vom Empfänger zu bezahlen sind. Der auch für not-

Mussolini große, wenn nicht entscheidende Bedeutung beizumessen. Da Mussolini, wie das liberale „News Chronicle“ meint, großen Einfluß auf die Haltung Deutschlands habe.

Die „Times“ schreibt, je eher die Besprechung Mac Donalds mit Mussolini, für die wahrscheinlich Stresa am Lago Maggiore gewählt werde, stattfinden, desto besser sei es. Der Augenblick sei kritisch. Mussolini sei für die Rolle eines Ratgebers besonders geeignet, weil er deutlicher als irgend ein anderer europäischer Staatsmann von der Notwendigkeit allmählicher Abänderungen der Friedensverträge gesprochen habe und Verständnis für die Empfindungen aller Deutschen gegenüber dem Versailler Vertrag habe. Die „Times“ fordert die anderen europäischen Regierungen auf, sich darüber zu entscheiden, welche Forderungen Deutschlands als berechtigt zu betrachten seien und welche nicht, und dann die berechtigten ohne Umstände zu bewilligen und die für unberechtigt gehaltenen abzulehnen.

Auf der Jahresversammlung der Freien Kirchen in London entwarf Lloyd George in einer Rede ein düstres Bild der Zukunft Europas. Er regte eine Weltkonferenz aller christlichen Kirchen an, bevor es zu spät sei, dem Krieg ein Halt zuzurufen. Der Vertrag von Versailles sei hart, aber diejenigen, die ihn aufrehten, haben ihn nicht eingehalten.

Neuer englischer Abrüstungsvorschlag

Genf, 15. März. Von englischer Seite wird mitgeteilt, daß Mac Donald morgen im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz eine große Rede halten wird, in der er die Eindrücke, die er und Außenminister Simon aus den Besprechungen mit den verschiedenen Abordnungen gewonnen haben, schildern werde. Im Anschluß daran werde Mac Donald einen Abkommensentwurf vorsehen, mit dessen Annahme der erste Abschnitt der Abrüstung abgeschlossen werden soll. Dieser Entwurf soll die Form eines Abrüstungsvertrags erhalten und alle englischerseits gemachten Anregungen, aber auch Vorschläge anderer Vertretungen berücksichtigen. Die Engländer betonen, daß es sich um einen eigenen britischen Vorschlag handle, der in keiner Weise vorher mit anderen Abordnungen vereinbart worden sei.

Göbbels über die Propaganda

Berlin, 15. März. Der Leiter des neuen Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, Reichsminister Göbbels, verbreitete sich heute mittag vor Vertretern der Presse über die Aufgaben und die Organisation seines Ministeriums. Er sehe in der Einrichtung dieses Ministeriums eine revolutionäre Regierungstat, und zwar insofern, als die neue Regierung nicht die Absicht habe, das Volk sich selbst zu überlassen. Die Regierung sei nicht der Ausdruck irgend eines reaktionären Empfindens; sie werde dem Volk geben, was ihm gebührt, allerdings in anderer Form als es dem demokratischen Parlamentarismus möglich gewesen sei.

leidende Bauern in Waldgebirgsgegenden zu liefernde Roggen muß von den Mühlen gegen Ueberlassung der Mehlenergie unentgeltlich vermahlen werden. Die Bäcker haben sich zur Abgabe von Brot lediglich gegen Erstattung des Backlohns gegen einen vom Wohlfahrts- oder Arbeitsamt auszufüllenden Bezugsschein zu verpflichten.

Die Geschäftsordnung des Reichstags wird neue Bestimmungen erhalten, wonach durch Teilnahmepflicht die Vereitelung von Abstimmungen durch Fernbleiben und Beschlußunfähigkeit verhindert wird.

Nach Ausschaltung der 81 Kommunisten zählt der Reichstag noch 566 (statt 647) Abgeordnete, mühen haben die 288 Nationalsozialisten bereits die einfache Mehrheit. Ebenso verfügen im preussischen Landtag die 211 Nationalsozialisten bei noch 411 Mandaten (nach Ausschaltung der 63 Kommunisten) über die einfache Mehrheit. Dazu kommen im Reichstag 53, im Landtag 43 Mandate der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot. Zur Zweidrittelmehrheit von 340 bzw. 274 langt es nicht ganz.

Der Polizeipräsident von Berlin hat vor einiger Zeit die Pässe der früheren sozialdemokratischen preussischen Minister Seevering und Grimme wegen Fluchtgefahr eingefordert.

Nach dem „Frank. Volk“ sollen in Bayern keine Landtagswahlen stattfinden, sondern die Wahl vom 5. März auf den Landtag als Wahltag angerechnet werden. Die NSDAP. würde darnach fast die einfache Mehrheit haben.

Wie Reuter meldet, wird Mac Donald wahrscheinlich am Samstag von Genf nach Rom zu einer Besprechung mit Mussolini reisen.

Die Polen haben trotz ihrer Zusicherung in Genf ihre Truppen noch nicht von der Westplatte von Danzig zurückgezogen.

Die erste Aufgabe sei, die propagandistischen Vorbereitungen zu treffen, um auf die Dauer das ganze Volk auf unsere Seite zu ziehen. Das gehe nicht allein durch sachliche Arbeit, diese Arbeit müsse dem Volk auch klargemacht werden. Es könne deshalb nicht die Aufgabe der Presse sein, lediglich zu informieren, sie müsse auch instruieren, dem Volke klarmachen, was die Regierung tut und warum sie es tut. Die Reichswehr sei nicht eine innenpolitische Schutztruppe, sondern eine Wehr und Waffe für Deutschlands Grenzen. Den innenpolitischen Kampf führe die Regierung durch die Volksbewegung von unten und mit der staatlichen Macht von oben. Die alte Staatsführung habe auf dem Gebiet der Propaganda vollkommen versagt. Jetzt müßten die propagandistischen Unternehmungen und alle volksaufklärenden Institutionen in einer zentralen Hand vereinigt werden.

Die zweite Aufgabe sei es, diesen gesamten Propagandaeinstellungen einen modernen Impuls zu geben. Alle modernen Mittel der Technik müßten ausgenutzt werden. Ohne die Massen sei keine Politik zu machen. Dieser Standpunkt stehe nicht im Widerspruch mit dem Persönlichkeitsprinzip. Der Persönlichkeit werden die Massen sich unterordnen. Das Wort vom beschränkten Untertanenverstand müsse verschwinden. Alles liege nur daran, daß komplizierte Gedankengänge so vereinfacht werden müssen, daß jeder sie versteht.

Das neue Ministerium werde fünf Abteilungen umfassen: Rundfunk, Presse, aktive Propaganda, Film und Theater und Volkserziehung. Dem Rundfunk solle modernes Tempo gegeben werden, Gefinnung brauche nicht langweilig zu sein. Der Rundfunk soll aktuell sein, dem Zeitgeist Rechnung tragen und sich seiner großen nationalen Verantwortung bewußt sein. Er solle wirklich den Hörer an den großen Geschehnissen der Nation teilnehmen lassen. Ein nationales Ereignis wie die Eröffnung des neuen Reichstags oder der Dankgottesdienst in einer Potsdamer Kirche oder die Parade eines Potsdamer Regiments vor dem Reichspräsidenten dürfe sich nicht mehr vor wenigen Menschen abspielen, sondern die ganze Nation müsse an solchen Vorgängen unmittelbaren Anteil nehmen.

Besonders interessant waren die Ausführungen Dr. Göbbels über die Presse. Ich sehe in dem Verbot, sagte er, keinen Normal- und Idealzustand. Die Presse muß der Regierung helfen. Sie darf auch die Regierung kritisieren. Und jetzt wende ich mich an die bewußt hinter der Regierung stehende Presse. Die Presse muß ein Klavier sein, auf dem die Regierung spielen kann. Auch wenn Sie an der Regierung etwas auszusetzen haben, muß das in Form und Ton so vorgebracht werden, daß den Feinden der Regierung im Inland und Ausland nicht die Möglichkeit gegeben wird, sie zu zitieren und damit etwas zu sagen, was sie nicht sagen durften, ohne ein Verbot zu riskieren. Sie müssen dafür sorgen, daß die Maßnahmen der Regierung nicht nur mitgeteilt werden, sondern daß das Volk diese Maßnahmen auch versteht. Ich sehe deshalb in den täglichen Pressekonferenzen etwas anderes, als hier bisher getrieben worden ist. Selbstverständlich sollen Sie Informationen bekommen, aber Sie sollen auch Instruktionen bekommen, Sie sollen nicht nur wissen, was los ist, sondern auch, was die Regierung darüber denkt. Eine Presse also, die mit der Regierung und eine Regierung, die mit der Presse zusammenarbeitet, das ist unser Ziel.

Daraus ergibt sich von selbst das dritte Gebiet, die aktive Propaganda. Eine Regierung, die Propaganda betreiben will, muß um sich die fähigsten Köpfe für öffentliche Massenbeeinflussung versammeln und alle technischen Möglichkeiten in Anspruch nehmen. Das Wesen der Propaganda ist Einfachheit, Wucht und Romantikalität.

Die Gebiete von Theater und Film sollen, soweit sie von Landesverwaltungen bearbeitet werden, unangefasst bleiben. Das neue Ministerium wird sich nur insoweit damit befassen, als dabei Reichsinteressen berührt werden. Es ist beispielsweise auf die Dauer unetraglich, daß in einer Zeit größter revolutionärer Umwälzungen unsere Theater und große Teile der Filmindustrie nicht die Möglichkeit haben, diese umwälzenden Ereignisse auch künstlerisch zu erfassen.

Auf dem Gebiet der Volkserziehung will das Ministerium versuchen, jenen einheitlichen nationalen Geist in das Volk hineintragen, der das Fundament der neuen nationalen Regierung ist.

Neue Hoheitszeichen der Wehrmacht

Eine Verordnung des Reichspräsidenten

Berlin, 15. März. Der Herr Reichspräsident hat mit Gegenzeichnung des Reichskanzlers und des Reichswehrministers für die Wehrmacht eine Aenderung der Hoheitszeichen verordnet.

Nach dieser Verordnung ist die Reichskriegsflagge wie bisher schwarz-weiß-rot mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte unter Wegfall der schwarz-rot-goldenen Ede.

Die Gösch der Kriegsschiffe ist die neue Reichskriegsflagge in entsprechend kleineren Abmessungen.

Die Flagge des Reichswehrministers ist die neue Reichskriegsflagge mit weiß-schwarzer Umrandung.

Die Dienstflagge der Reichsbehörden zur See, soweit sie von Behörden der Wehrmacht geführt wird, ist die Reichskriegsflagge, jedoch im weißen Streifen mit dem Reichsadler an Stelle des Eisernen Kreuzes.

Der Herr Reichspräsident hat ferner verordnet, daß die Wehrmacht an der Dienstmütze im Eichenlaubkranz die Reichsfarben in den Farben Schwarz-Weiß-Rot und an der Feldmütze nur die Reichsfarben zu tragen hat. Am Stahlhelm wird an der Stelle des bisherigen landmannschaftlichen Abzeichens das gleiche Schild in den Farben Schwarz-Weiß-Rot getragen.

Erlaß an die Wehrmacht

Der Herr Reichspräsident hat dazu folgenden Erlaß an die Wehrmacht gerichtet:

„An die Wehrmacht!“

Durch meine Verordnungen über die Aenderung der Reichskriegsflagge und über die Wiedereinführung der alten schwarz-weiß-roten Kokarde habe ich der inneren Verbundenheit der deutschen Wehrmacht mit den wiedererstarteten nationalen Kräften des deutschen Volkes auch einen sichtbaren Ausdruck gegeben.

Die deutsche Reichswehr hat trotz aller äußeren Fesseln durch schwere Nachkriegsjahre dem deutschen Volk den Wehrgeanten erhalten. Mögen diese äußeren Zeichen innerer Verbundenheit dem ganzen Volke stets vor Augen führen, daß eine bessere Zukunft nicht ohne den Willen zur Verteidigung der Heimat errungen werden kann. Im Dienste der alten Soldatentugenden, getragen vom einheitlichen Willen des Volkes, soll die Wehrmacht auch künftighin Sinnbild und Stolz der Nation bleiben.

Der Reichspräsident: (gez.) v. Hindenburg.
Der Reichswehrminister: (gez.) v. Blomberg.“

Neue Maßnahmen im Arbeitsdienst

Berlin, 15. März. Der neuernannte Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, Reichsarbeitsminister Franz Seidte, hat durch eine Reihe von Verfügungen die wichtigsten vorläufigen Regelungen für den organisatorischen Ausbau des Arbeitsdienstes getroffen. Ohne späteren endgültigen Organisationsformen vorzugreifen, wird zunächst in organischer Entwicklung aus dem bisherigen Zustand die Leitung des Arbeitsdienstes zu einer vollständigen und in sich geschlossenen Verwaltung ausgebaut; dabei wird die äußere Verbindung zur Verwaltung der Reichsanstalt für Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenversicherung aufrecht erhalten, da sie zur Finanzierung und Verwaltung des Arbeitsdienstes zunächst unentbehrlich ist.

In den Bezirken der Landesarbeitsämter wird die Leitung vollständig und hauptamtlich in die Hände von neu bestellten Bezirkskommissaren gelegt. Für einige Bezirke sind diese bereits mit sofortigem Amtsantritt ernannt. Innerhalb der Landesarbeitsämter werden jeweils die Bereiche mehrerer Arbeitsämter zu einem eigenen Arbeitsdienstamt zusammengefaßt, das an das dafür jeweils bestgeeignete Arbeitsamt angelehnt wird.

Jugend unterm Hammer

Zeitroman von Helmut Messerschmidt

Urheber-Rechtsschutz für die deutsche Ausgabe:
Drei Quellen-Verlag, Königswinter (Sa.)

43. Fassung. Nachdruck verboten.

Wortlos reichte Theo Strötgen ihm einen offenen Brief. Erstaunt sah in Bredenkamp an, als er das Schreiben entfaltete.

Dann las er und wurde glotzt:

„Lieber Herr Strötgen!“

Ich habe soeben vorgelesen versucht, Heinrich vom Fortgehen zurückzuhalten. Es ist mir nicht gelungen. Jetzt bleibt mir nichts anderes, als mich an Sie zu wenden. Ich bitte Sie und siehe Sie an, lieber Herr Strötgen, alles aufzubieten, um diese unselbige Wanderschaft zu verhindern. Es kann doch dabei nichts Gutes herauskommen. Ich brauche Ihnen keine Gründe für meine Bitte zu sagen, denn Sie kennen mein Verhältnis zu Heinrich und können sich vorstellen, was es bedeutet, wenn ich nicht weiß, wo er ist und wie er lebt. Ich versichere Sie meiner ewigen Dankbarkeit, wenn Sie sich dafür einsetzen, daß er nicht fortgeht.

Ich kenne Heinrich genau und weiß, daß das nicht leicht ist. Um so dankbarer bin ich Ihnen, wenn Sie es doch erreichen.

Sollte es nicht möglich sein, so sehe ich mein ganzes Vertrauen in Sie, daß Sie mir das Liebste, das ich besitze, bald heil und gesund wiederbringen. Bitte, denken Sie daran, daß ich tief unglücklich bin, solange ich in Ungewißheit über Heinrich bin, und daß es mein Leben zerstören würde, wenn ihm etwas zustieße.

Außerdem sind Maßnahmen getroffen, um durch eine umfassende Landesplanung die Auswahl der Arbeiten unter den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit, der Landeskultur, Siedlung und Raumpolitik sinnvoll zu gestalten. Durch weitere Anordnungen sollen die geschulten Führerkräfte der Verbände für den Aufbau der späteren Arbeitsdienstpflicht sichergestellt werden.

Als Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ist im Bezirk des Landesamts Rheinland der Arbeitsamtsdirektor Dr. Neuer und im Bezirk des Landesamts Brandenburg der Arbeitsamtsdirektor Espe vom Reichsarbeitsminister ernannt worden. Die bisherige Bestellung der Präsidenten der betreffenden Landesarbeitsämter ist aufgehoben worden.

Der Reichskanzler wieder in Berlin

Rücktritt Dr. Luthers?

Berlin, 15. März. Reichskanzler Hitler ist heute vormittag im Flugzeug aus München wieder in Berlin eingetroffen und hatte kurz darauf eine dritte lange Unterredung mit dem Reichspräsidenten Dr. Luthers. Es handelte sich um die Anpassung der Reichsbankpolitik an die Aufgaben, die die jetzige Reichsregierung sich gestellt hat. Wie verlautet, soll eine Verständigung nicht erzielt worden sein, so daß der Rücktritt Dr. Luthers bevorsteht.

Um 4.15 Uhr trat das Reichskabinett zu einer Beratung zusammen.

Fraktionsitzungen im Reichstag

Berlin, 15. März. Die nationalsozialistische Fraktion des neuen Reichstags ist zu ihrer ersten Sitzung für Montag, 20. März, nachmittags 6 Uhr, in den Saal 12 des Reichstagsgebäudes einberufen worden, einen besonders großen Sitzungsraum im Reichstagsgebäude, der sonst für die Beratungen des Haushaltsausschusses vorbehalten ist. Man kann annehmen, daß Reichskanzler Adolf Hitler, der ja auch Mitglied der Reichstagsfraktion ist, in dieser ersten Sitzung das Treugelöbnis der Fraktionsmitglieder entgegennehmen wird.

Für Montag, den 20. März vormittags, ist weiterhin der Vorstand der neuen Zentrumsfraktion einberufen worden, während die Zentrumsfraktion selbst am gleichen Nachmittag zusammenkommt. Auch diese Beratungen finden in den Arbeitsräumen des Zentrums im Reichstagsgebäude statt. Dagegen steht fest, daß entgegen früherer Annahme die deutsch-nationale Reichstagsfraktion, die ebenfalls für kommenden Montag zur konstituierenden Sitzung eingeladen wurde, nicht im Reichstagsgebäude tagt, sondern in den Räumen des Palasthotels in Potsdam.

Die Zutrittsarten für das Publikum zu der ersten Sitzung des Reichstags (im Kroll-Theater) am 21. und des Landtags am 22. März sind bereits alle vergeben. An kommunistische Pressevertreter werden für das Kroll-Haus überhaupt keine Pressearten abgegeben; die sozialdemokratischen Journalisten erhalten so lange keine Karten, als das allgemeine Verbot der sog. Presse dauert. Für den preussischen Landtag sind ähnliche Maßnahmen zu erwarten.

Im Landtag ist der Festsaal der Fraktion der NSDAP (211 Abgeordnete) als Fraktionsraum zugewiesen worden.

Maßnahmen der Regierung

Der Reichskommissar für das Land Sachsen hat zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung den Mitgliedern der Betriebsräte und Betriebsobmännern, die der kommunistischen Partei angehören, die Ausübung der Befugnisse aus der Betriebsrätewahl bis zur endgültigen Regelung untersagt.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte, in deren Berliner Büro kürzlich eine Durchsuchung stattgefunden hat, hat beschlossen, jede Tätigkeit einzustellen.

Die demokratische Staatspartei in Anhalt hat sich aufgelöst. Der katholische Pfarrer in Wülfrath (Reg.-Bezirk Düsseldorf) wurde vorübergehend in Schutzhaft genommen. Der Pfarrer hatte am Sonntag Mitglieder der SA, die an der Gefallenenehrung in Uniform teilnahmen, aus der Kirche gewiesen.

Wiesbad wird mit dem Rücktritt Dr. Sahms als Berliner Oberbürgermeister, der als solcher zugleich Vorsitzender des Deutschen Städtetags ist, gerechnet. In diesem Fall würde der stellvertretende Vorsitzende Präsident Dr. Mulert bis zur Neuwahl den Vorsitz des Städtetags

übernehmen, dessen engsten Vorstand noch anzuhören ist Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager-Stuttgart, Dr. Gerdeler-Leipzig, Dr. Jarres-Duisburg, Dr. Rütz-Dresden und Dr. Riede-Halle.

Der Republikanische Richterbund hat seine Auflösung beschlossen.

Das nationalsozialistische „Freikorps Franken“, das sich vor einiger Zeit unter dem SA-Führer Stegmann von der SA aufgelöst hatte, ist durch die Polizeidirektion Nürnberg aufgelöst worden.

Die deutsche Kommunistin, Frau Reese, die nach dem Reichstagsbrand nach Kopenhagen geflüchtet war, ist von dort nach Schweden abgereist. Voraussichtlich beabsichtigt sie sich nach Sowjetrußland.

In Thüringen wurden sämtliche Hilfs- und Nebenorganisationen der kommunistischen Partei sowie die sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) verboten. Ferner wird die Durchführung von Betriebsratswahlen mit Ausnahme bei Reichsbahn und Reichspost bis auf weiteres untersagt.

Die Zahlung von Aufwandsentschädigungen an die kommunistischen Landtagsabgeordneten wurden aus Sicherheitsgründen einstweilen verboten.

Nach amtlicher Mitteilung des badiischen Staatsministeriums wurde nach Hausdurchsuchungen in der sog. „Volksstimme“ in Mannheim und bei dem sog. Parteivorstand Reinhold festgestellt, daß die sogenannte nationalsozialistische Oppositionsgruppe „Notgemeinschaft“ in Lage eine sozialdemokratische Spiegelformation ist. Die Führer der „Notgemeinschaft“ wurden verhaftet.

Neue Nachrichten

Die heftige Regierungsbildung

Berlin, 15. März. Nachdem der heftige Landtag gestern eine neue Regierung gebildet hat, hat der Reichsminister des Innern die von ihm auf Grund des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 getroffene Anordnung zurückgenommen. Damit ist der dem bisherigen Regierungsrat, jetzigen heftigen Minister Dr. Müller, erteilte Auftrag erloschen, für die Reichsregierung die Befugnisse der heftigen obersten Landesbehörde zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wahrzunehmen.

Staatskommissar für die Landwirtschaft in Bayern

München, 15. März. Reichskommissar von Epp hat zum Staatskommissar für die Landwirtschaft im Ministerium des Innern den Landtagsabgeordneten Georg Luber ernannt.

Braun verzichtet

Berlin, 15. März. Der frühere preussische Ministerpräsident Braun hat den Verwaltungen des Reichstages und des preussischen Landtages mitgeteilt, daß er weder sein Reichstags- noch sein Landtagsmandat annehme.

Fabrikbrand in Schlesien. — Brandstiftung durch Kommunisten?

Bollenhain, 15. März. Bei Bollenhain brannte in der Nacht zum Mittwoch das Maschinenhaus einer Kartoffelflockenfabrik nieder. Auch der Dachstuhl der Fabrik wurde ein Raub der Flammen. Man hat begründeten Verdacht, daß Brandstiftung vorliegt. Vor einigen Tagen waren in Bollenhain bereits Gerüchte im Umlauf, daß Kommunisten die Fabrik anzünden wollten. Elf Kommunisten wurden unter dem Verdacht der Brandstiftung festgenommen.

Schniergelder bei der Post-Krankenkasse

Berlin, 15. März. Durch Beamte der Kriminalpostdienststelle wurde der zweite Vorsitzende der Krankenkasse für Beamte der Deutschen Reichspost im Bezirk der Oberpostdirektion Berlin, Postsekretär Franz Kugler, Charlottenburg, verhaftet. Außerdem wurden festgenommen dessen Ehefrau sowie der Dentist Willi Griebel und dessen Ehefrau. Ein Dentist, der Griebel und Kugler beschuldigt hatte, seine Angaben aber widerrief, als ihm von den beiden verhafteten Männern 35 000 Mark Schweigegelder gezahlt wurden, wurde vorübergehend festgenommen und nach Ablegung eines Geständnisses wieder auf freien Fuß gesetzt.

Kugler hat gemeinsam mit Griebel seit längerer Zeit durch raffinierte Fälschungen der Unterlagen von der Post-

Bitte, tun Sie, was Sie können, für Ihre ganz verzweifelte

Hanna Schulte-Dieckhoven“

Bredenkamp sah lange hinüber zu dem Bauernhof.

Mechanisch faltete er das Papier zusammen und steckte es ein.

Schließlich wandte er sich mit kurzem Ruck um:

„Komm — wir wandern!“

Es klang sehr hart.

Eine Woche später waren sie in der Eifel. Sie hatten in Gerolstein übernachtet. Vor ihnen lag als nächstes Ziel das alte Prüm.

In allen Orten hatten sie nach Arbeit gefragt, in jedem Dorf suchten sie den Gemeindevorsteher auf, wiesen ihm ihre Papiere und baten ihn, ihnen Arbeitsmöglichkeiten zu nennen.

Überall mußten sie weiterziehen. Nicht einmal zu Handlangerdiensten waren sie zu gebrauchen. Höchstens, daß ein Herbergsocater sie zu seinem Holzstoß führte und ihnen ein Mittagessen zu verdienen gab.

In Prüm lag Post für Bredenkamp.

Seine Mutter schrieb, daß Heinrichs Bruder Karl nun auch arbeitslos werde. Er hatte bis jetzt bei seinem Lehrmeister in Essen als Bädereigelle gearbeitet.

Und ein Brief von Hanna war da. In dem schrieb die Sehnsucht aus jedem Wort.

Bredenkamp wandte sich unvermittelt an Theo Strötgen:

„Hast du Lust, umzukehren?“

Der sah ihn erstaunt an: „Nein, jetzt nicht mehr!“

„Warum nicht? Wir sind in drei Tagen wieder daheim, wenn wir wollen.“

„Ich will aber nicht. Und ich will dir auch sagen, warum. Zu Hause, da sahst du aus wie ein lebender Leichnam und hattest alle Haltung verloren. Jetzt bist du wieder ein ganz anderer Kerl. Und ich fühle mich auch ganz anders. Ich glaub', mir geht es genau so wie dir.“

„Du magst schon recht haben. Ich komme mir auch viel frischer vor. Aber bis jetzt war unsere Wanderschaft so ähnlich wie eine Ferienreise zu Fuß, wenn auch ohne Geld; aber es kann auch anders kommen.“

„Laß nur kommen. Besser in der Weltgeschichte herumlaufen, als zu Hause vor Langeweile sterben.“

Sie kamen an die Druckerei der „Eifeler Volkszeitung“.

„Mal sehen, was es Neues in der Welt gibt!“, sagte Bredenkamp und begann, die aushängende Zeitungsnnummer zu lesen.

„Konferenzen in Genf, in Lausanne, in London — immer das selbe, das ist in zehn Jahren auch noch so... Aber hier: Stellenangebote. Theo! Da wird sofort ein Autoschlosser gesucht. Ein Autoschlosser! Du, die haben auf dich gewartet. Los, da gehen wir hin!“

Sie fragten sich durch bis zu einer großen Garagenanlage, deren Tankstelle schon von weitem in grellem Gelb herüberleuchtete.

Der Meister sah sie unfreundlich an. Sein Gefelle sei mit einem Motorrad gestürzt und liege im Krankenhaus. Er brauche zwar sofort einen anderen, aber jemand so von der Landstraße aufzulesen, das sei sein Fall nicht. Man könne nie wissen, was man sich da auf den Hals lade.

(Fortsetzung folgt).

Tränkenkäse und der Kooperationsbeihilfe der Deutschen Reichspost Beträge an Gröbel auszahlen lassen, ohne daß entsprechende Leistungen des Dentisten Gröbel vorlagen. Den größten Teil der so vereinnahmten Beträge hat Gröbel an Kugler gezahlt. Die Summe der veruntreuten Gelder dürfte sich auf etwa 75 000 bis 100 000 Mark belaufen. Die Betrügereien erstrecken sich auf einen Zeitraum von mindestens sechs Jahren.

Sturmeszeichen in Wien

Wien, 15. März. Da nach dem Rücktritt des Präsidiums des österreichischen Nationalrats der großdeutsche dritte Präsident Dr. Straßner gegen den Willen der Regierung Vollführung von sich aus den Nationalrat einberufen hatte und bis jetzt auf der Einberufung beharrte, um die Diktaturabsichten der Regierung zu durchkreuzen, richtete Bundespräsident Miklas heute an den Abgeordneten Dr. Straßner das dringende Ersuchen, nicht auf der Einberufung zu bestehen, weil ein unnachgiebiges Beharren geeignet wäre, den inneren Frieden in schwerster Weise zu gefährden. Die Frage der Einberufungsberechtigung könne nach der Sachlage nur durch Notverordnung geregelt werden.

Nach einer neuen Unterredung Straßners mit Miklas beharrte ersterer darauf, daß die Sitzung am Mittwoch nachmittag stattfinden solle. Die Regierung ließ den Sitzungssaal um 2.25 Uhr nachmittags durch 40 Kriminalbeamte absperren, vorher hatten aber bereits acht großdeutsche Abgeordnete den Saal betreten. Die Christlich-Sozialen wollten die sozialdemokratische Fraktion überreden, der Sitzung fernzubleiben, was aber abgelehnt wurde.

Etwa 70 sozialdemokratische Abgeordnete drangen schließlich doch in den Saal ein. Vizepräsident Straßner gab eine Erklärung ab, daß die Einberufung verfassungsmäßig und die Abspernung verfassungswidrig sei; er werde beim Staatsgerichtshof Klage einreichen. Ungeheurer Beifall folgte. Es wurde gerufen: Hoch die Republik, nieder mit den Habsburger Legitimisten!

Auf den Straßen wogte eine ungeheure erregte Menschenmenge, die in die Ruße einströmte.

Sozialdemokratische Generalkriegspläne in Innsbruck Heimwehr als Notpolizei

Innsbruck, 15. März. Die Stadt Innsbruck erleidet einem Heerlager. Die Tiroler Landesregierung hatte erfahren, daß der Republikanische Schutzbund aufgebunden sei und daß von sozialdemokratischer Seite ein Generalkrieg geplant werde. Die Landesregierung hat sofort Polizei und Militär aufgebunden und ein Angebot der Tiroler Heimatwehr, diese als Notpolizei zu erklären, angenommen. Seit 4 Uhr früh befindet sich die Heimatwehr in Bereitschaft. Sie erhält fortgesetzt Zugang vom Land. Es heißt, daß ein Teil nach Wien transportiert werden soll.

In Schwaz (Tirol) wurden bei Kommunisten Hausdurchsuchungen vorgenommen, die eine Menge Waffen, Munition, Sprengstoffe und wichtige Schriftstücke zutage förderten. Von 32 Verhafteten wurden sieben wegen verschiedener Verbrechen in Haft behalten.

Württemberg

Die Staatspräsidentenwahl

Stuttgart, 15. März. Der Landtag wählte heute nachmittag mit 36 gegen 13 Stimmen bei Abgabe von 19 weißen Zetteln den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Murr zum Staatspräsidenten. Dieser übernimmt das Innen- und das Wirtschaftsministerium und beruft zum Kult- und Justizminister den bisherigen nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Mergenthaler, zum Finanzminister den bisherigen Finanzminister Dr. Dehlinger und zum ehrenamtlichen Staatsrat den deutschnationalen Abgeordneten Rechtsrat Hitzel. Zum Landtagspräsidenten wurde mit 50 gegen 1 Stimme der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Jonathan Schmid-Leonberg gewählt. Es wurden 17 weiße Zettel abgegeben. Der Landtag wurde bis 1. April vertagt.

Anordnungen des Reichspolizeikommissars

Unterkommissar für die Oberämter Balingen, Horb, Oberndorf, Rottweil, Spaichingen, Sulz und Tullingen

Stuttgart, 15. März. Vom Polizeikommissar für das Land Württemberg wird mitgeteilt: Auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ist bis auf weiteres Amtsrichter Dr. Mattheiß in Oberndorf als Unterkommissar zur besonderen Verwendung für die Oberämter Balingen, Horb, Oberndorf, Rottweil, Spaichingen, Sulz und Tullingen bestellt worden. Er untersteht dem Polizeikommissar für das Land Württemberg unmittelbar und hat die notwendigen Maßnahmen im Rahmen der Zuständigkeit des Polizeikommissars für das Land Württemberg im Benehmen mit den Landräten zu treffen.

Die SS- und SA-Führer und -Formationen haben den Weisungen des Unterkommissars unbedingt Folge zu leisten.

Zum Verbot des Reichsbanners

Vom Polizeikommissar für das Land Württemberg wird mitgeteilt: Der Herr Polizeikommissar für das Land Württemberg hat auf Grund der §§ 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 folgendes angeordnet:

1. Das am 13. März 1933 ausgesprochene Verbot des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ und der „Eisernen Front“ sowie der Vereinigungen, die für die Belange dieser beiden Organisationen eintreten, hat nicht zur Folge die Auflösung und das Verbot der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaftsverbände.

2. Aufgelöst und verboten werden mit sofortiger Wirkung der Kampfbund gegen den Faschismus, sämtliche kommunistischen Sportvereine einschließlich der Arbeiterschützvereine sowie alle Hilfs- und Nebenorganisationen der KPD, einschl. ihrer Jugendorganisationen. Das Vermögen dieser Vereinigungen ist beschlagnahmt und bis zum 20. März 1933 beim zuständigen Oberamt in Stuttgart beim Polizeipräsidenten, abzuliefern. Das gleiche gilt für die KPD-Opposition und ihre Hilfs- und Nebenorganisationen.

3. Das Tragen von Uniformen sowie das Tragen und Führen von Abzeichen jeder Art, die die Zugehörigkeit zu



Konsequenzgemüse
gewinnen an Wohlgeschmack
durch Zusatz einiger Tropfen
MAGGI'S Würze

der KPD, und KPD-O, oder deren Hilfs- und Nebenorganisationen kennzeichnen, wird verboten.

Verfügung des Polizeikommissars für das Land Württemberg. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Febr. 1933 ist verboten worden: 1. Das Tragen von Uniformen und Uniformteilen der SA- und SS-Formationen der NSDAP, und des Stahlhelms durch Unbefugte. 2. Das Tragen der parteiamtlich anerkannten und eingeführten Abzeichen der NSDAP, ihrer Verbände und des Stahlhelms durch Personen, die nicht Angehörige der NSDAP und ihrer Verbände und des Stahlhelms sind. 3. Der Verkauf dieser Abzeichen an Personen, die sich nicht als Angehörige der NSDAP, ihrer Verbände oder des Stahlhelms ausweisen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafen von 150—15 000 M. bestraft.

Premie für Ermittlung der Täter. Vom Polizeipräsidentium wird mitgeteilt: Am 12. März 19.25 Uhr haben sich zwei unbekannte Männer unter dem Vorwand, sie seien Kriminalbeamte, in die Wohnung des schwedischen Generalkonsuls Dr. h. c. Wanner in Stuttgart am Hohengeren Nr. 2 Zutritt verschafft und haben den Generalkonsul tätlich angegriffen. Der Herr Polizeikommissar für das Land Württemberg hat für Mitteilungen aus der Bevölkerung, die zur Ermittlung der Täter führen, eine Belohnung bis zum Betrag von 500 Mark ausgesetzt. Die Entscheidung über die Verteilung der Belohnung trifft der Herr Polizeikommissar unter Ausschluß des Rechtswegs. Sachdienliche Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, werden bei der Kriminalpolizei Stuttgart, Büchsenstr. 37, Zimmer 71, entgegengenommen.

Stuttgart, 15. März

Verleihung der Rettungsmedaille. Der Staatspräsident hat am 4. März 1933 der Schülerin Irma Sprißler in Lindau a. B., Tochter des Kaufmanns Albert Sprißler in Rottenacker M. Ehingen, die Rettungsmedaille verliehen.

Wilhelm Murr der 6. württ. Staatspräsident. Der heute an die Spitze des Landes berufene Gauleiter Wilhelm Murr ist der 6. württ. Staatspräsident. Der 1. württ. Staatspräsident war der Sozialdemokrat Wilhelm Bloz, der von Ende 1918 bis Juni 1920 im Amt war. Ihm folgte vom 23. Juni 1920 bis April 1924 der Demokrat Johannes v. Hieber; dann kam von April bis Juni 1924 das Interregnum des Staatsrats Rau. Ihn löste als 4. Staatspräsident am 3. Juni 1924 der deutschnationale Wilhelm Bagille ab, auf den als 5. volksstaatliches Oberhaupt am 8. Juni 1928 der Zentrumsmann Eugen Bolz folgte. Der 6. Staatspräsident ist ab 15. März 1933 der Nationalsozialist Wilhelm Murr.

Der neue Landtagspräsident. Dr. Jonathan Schmid, der neue Landtagspräsident, ist geboren am 21. Januar 1888 in Gebersheim M. Leonberg. Er studierte Rechtswissenschaften in Tübingen und München, war dann zunächst Rechtsanwalt in Leonberg als Nachfolger des verstorbenen Bauernbundsführers Rechtsanwalt Jonathan Roth, verlegte aber später sein Anwaltsbüro nach Stuttgart unter Beibehaltung seines Wohnsitzes in Leonberg. Seine ruhige, sachliche und verbindliche Art bei seiner bisherigen Tätigkeit im Landtag, dem er seit 1932 angehört, läßt ihn als Präsidenten besonders geeignet erscheinen. Er bekam deshalb nicht nur die Stimmen der Rechtsparteien, sondern darüber hinaus auch diejenigen anderer Parteien, ein Beweis, daß der Landtag seiner Geschäftsführung Vertrauen entgegenbringt.

Abg. Ulrich in Schutzhaft. Nach Schluß der heutigen Landtagssitzung wurde der Abg. Ulrich-Heilbronn (Soz.) beim Verlassen des Halbmondsaals im Wandelgang des Landtagsgebäudes auf Weisung des Polizeikommissars von Jagow in Schutzhaft genommen, nach einer halben Stunde jedoch wieder entlassen.

Der am Montagabend von einer SA-Gruppe in Schutzhaft genommene Geschäftsführer der soz. „Reckorpost“ in Ludwigsburg, Tischendorf, wurde am Mittwoch mitlog vom Polizeipräsidentium in Stuttgart wieder aus der Schutzhaft entlassen.

Staatsleistungen für die Landwirtschaft. Nach dem neuen Haushaltsplan gibt das Land Württemberg für einzelne wichtige landwirtschaftliche Zwecke im neuen Jahr 1 004 850 M. gegenüber 924 610 M. i. B. aus. Im einzelnen betragen die Leistungen: Fürsorge für die Landwirtschaft im allgemeinen 84 850 M., darunter 80 370 M. als Staatsbeitrag an die Württ. Landwirtschaftskammer, ferner Förderung des Weinbaus 50 000 M., Förderung der Tierzucht 305 000 M., Feldbereinigungsverfahren 200 000 M. und Bodenverbesserungsverfahren 400 000 M. Dazu kommen noch 850 000 M. als Förderung der Hagelversicherung.

Einmalige Ausgaben im Haushaltsplan der Finanzverwaltung. Der Haushaltsplan der Finanzverwaltung enthält als einmalige Ausgaben folgende wichtige Arbeiten: Für Verbesserung des Lehrerinnen-Seminars Markgröningen 118 000 M., für die Einrichtung einer Sammelheizung und Verbesserung der sanitären Einrichtungen im Schwurgerichts- und Zivilkammergebäude sowie im Gymnasium in Ellwangen 120 000 M., für die Einrichtung einer Zentralheizung und den Umbau der Nebenräume des Ritteraals im Schloss Hohentübingen 110 000 M.

Absturz eines Stuttgarter Sportflugzeugs. Dienstagabend ist hinter dem Städtischen Friedhof in Karlsrube das Flugzeug D. 2232 abgestürzt, das die Luftfahrt „Willi Rosenfeld, Stuttgart“, trägt. Die beiden Insassen wurden leicht verletzt ins Krankenhaus gebracht. Der Apparat ist völlig zertrümmert.

Aus dem Lande

Hohenheim, 15. März. Abgelehnter Ruf. Prof. Dr. Brigg von der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim hat den an ihn ergangenen Ruf als ordentlicher Professor für Chemie an die Hochschule in Ankara (Türkei) abgelehnt.

Isfeld, M. Besigheim, 14. März. Autozusammenstoß mit der Böttwarbahn. Infolge des dichten Nebels fuhr ein von Heilbronn kommendes, mit zwei Personen besetztes Auto auf den fahrplanmäßig 7.55 Uhr hier eintreffenden Zug von Heilbronn am Bahnhofübergang auf und wurde von der Maschine einige Meter weit geschleift. Das Auto wurde stark demoliert, die Insassen kamen wie durch ein Wunder ohne nennenswerten Schaden davon.

Wain M. Baupheim, 14. März. Brand. Gestern nachmittag brach im Scheuerteil des Bohn- und Scheuergebäudes des Paul Forster in Luttagershofen Feuer aus, das in kurzer Zeit auf das ganze Gebäude übergriff. Teile des Bohnhauses, das Vieh sowie ein großer Teil des Inventars konnten gerettet werden. Der Gebäudeschaden beträgt etwa 5000 Mark. Die Brandursache ist noch nicht geklärt.

Ulm, 14. März. Die Nationalsozialisten gegen Dr. Schwammberger. In der Gemeinderatssitzung wurde ein nat.-soz. Antrag wegen Neuwahl des Gemeinderats behandelt. Stadtrat Dreher (Nat.-Soz.) stellte den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der u. a. auch die Frage der Speise- und Diäten zu prüfen hat. Er führte u. a. aus: Wir beantragen die Herabsetzung des Gehalts des Herrn Oberbürgermeisters auf 12 000 M.; da sein bisheriger Gehalt in einer Sonderklasse läuft, ist die Herabsetzung nicht unmöglich. Wir fordern von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, daß sie auf Grund Ihrer Stellung, die sie gegenüber unserer Bewegung hatten, die Konsequenzen ziehen und freiwillig von Ihrem Amt zurücktreten. Sie haben drei Tage Bedenkzeit, dann wird auch eine neue Regierung da sein, die alles weitere regelt. Es wurde hierauf über den Antrag betr. Neuwahl des Gemeinderats abgestimmt. Für den Antrag stimmten die Nationalsozialisten, die Deutschnationale Volkspartei, die Demokraten; gegen den Antrag die Sozialdemokraten. Das Zentrum enthielt sich der Stimme. Der Antrag wurde mit 23 gegen 17 Stimmen angenommen.

Ein schwer verständlicher Freispruch. Vor dem Schwurgericht wurde am Montag zum drittenmal gegen den verh. Käseereibehrer Alois Fritsch von Reggisweiler, M. Laupheim, wegen Körperverletzung mit Todesfolge verhandelt. Bei einem Streit hatte der Angeklagte nach dem Genuß von 19 Glas Bier einen Vater von neun Kindern mit dem Messer tödlich verletzt. In der ersten Verhandlung wurde der Angeklagte zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, worauf die Verteidigung Einspruch erhob. In der zweiten Verhandlung beschloß das Gericht, den Direktor der psychiatrischen Klinik in Freiburg zu einem Obergutachten zu laden. Dieser gab nun in der Verhandlung am Montag seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß bei dem Angeklagten zur Zeit der Tat eine Sinnesstörung vorgelegen habe. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, weil es sich nicht über das Gutachten des Sachverständigen hinwegsetzen könne; es ist jedoch von der Unschuld des Angeklagten nicht überzeugt.

Ulm, 15. März. Haushaltsplan der Stadtverwaltung Ulm. Der neue Voranschlag der Stadtverwaltung konnte völlig ausgeglichen werden. Die Abschlußzahlen in Einnahme und Ausgabe mit je 19 657 504 RM. sind etwas niedriger als im Vorjahr. Im übrigen bewegt sich der Voranschlag fast durchweg im Rahmen des Vorjahres.

Verstorbener Mord. Der 27 J. a. ledige Dienstknecht Hermann Ulmer von Stoffelberg Ode. Ehingen hatte sich wegen verachteten Mords zu verantworten. Am 6. Dezember 1932 schlich sich der Angeklagte in die Kammer der 18 J. a. Magd vom Sägerhof bei Ehingen, die ein Kind von ihm erwartete. Er würgte das Mädchen so stark am Hals, daß blutunterlaufene Stellen entstanden. Das Mädchen konnte um Hilfe rufen, worauf der Angeklagte floh. Der Angeklagte hatte bereits ein anderes Mädchen zur Braut, das ein Kind von ihm hat und mit dem er dieses Jahr Hochzeit feiern wollte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Friedrichshafen, 15. März. Bodensee-Feuerwehrest 1933. Der Verwaltungsrat der Freiwilligen Feuerwehr in Friedrichshafen beschloß, am 18. Juni in Friedrichshafen das große Bodensee-Feuerwehrest abzuhalten. Die Bodensee-Delegiertentagung findet am 6. Mai, ebenfalls in Friedrichshafen (im „Dreikönig“) statt.

Verbilligte Fahrtscheine auf dem Bodensee. Um der an den Ufern des Bodensees ansässigen Bevölkerung und den zahlreichen Sommerfrischlern den Bezug der ermäßigten Fahrtscheine für den Bodensee (Ober- und Ueberlingersee sowie besondere Hefte für den Untersee) zu erleichtern, werden vom 1. April 1933 an unter Beibehaltung der bisherigen 25prozentigen Ermäßigung Hefte zu 9 M. ausgegeben. Die Hefte zu 18 M. fallen weg. Die Fahrtscheine werden an jedermann ausgegeben. Ein Fahrtschein enthält 60 Abschnitte im Einzelwert von 0,20 M. Der tatsächliche Wert des Hefte — gemessen an den Preisen einfacher Fahrt 2. Platz — entspricht also dem Betrag von 12 M. Ein besonderes Entgegenkommen liegt darin, daß die Benutzer der Fahrtscheine ohne Aufzahlung auf dem ersten Schiffsplatz reisen können. Daraus ergibt sich gegenüber den heutigen Preisen des 1. Schiffsplatzes eine Ermäßigung von 40 Prozent. Die Fahrtscheine gelten vom Tag der Ausgabe an drei Monate lang für den Bezueher und für seine mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen und Hausangestellten. Die Schiffsstellen und das Schiffspersonal geben Auskunft.

Krauchenwies in Hohenz., 14. März. Falschmünzer festgenommen. Am Fastnachtmontag trieben sich zwei als Dominos verkleidete Männer in Ringenbach und Krauchenwies herum. Sie bezahlten in den Wirtschaften mit falschen Zweimarkstücken und ließen solche auch in verschiedenen Kaufgeschäften wechseln. Der Landjäger ist es gelungen, die Falschmünzer festzunehmen. Es handelt sich um zwei bestrafte Leute aus Wehrlich namens Alfred Mattes und Fritz Haumann. Das Herstellungsmaterial (Blei und Zink), ebenso die verwendeten Gipsformen, wurden beschlagnahmt.

Lokales

Wildbad, 16. März 1933.

Der Korrekturbogen des Wohnungsverzeichnis liegt auf dem Kurvereinsbüro zur Einsicht auf. Die Zimmervermieter werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach Ablauf von 2 Tagen keine Änderungen mehr angebracht werden können.

Berein für das Deutschtum im Ausland Ortsgruppe Wildbad. Letzten Donnerstag nachmittag um 4 Uhr sammelten sich die Schülerinnen und Schüler der Oberklassen der

Real- und Volksschule im Zeichenjahr der Wilhelmschule, den Herrn Direktor Hlamna aus Salzburg sprechen zu hören. Der Redner führte seine jungen Zuhörer in die Schule über den Grenzen drüben, er ließ sie erleben, wie deutsche Eltern gezwungen werden, ihre Kinder in polnische Schulen zu schicken, ließ sie sehen, wie der Gen darm die deutschen Kinder dorthin führte, wie in Tirol der Polizist die Pfar schule im Keller aufspürt. Er erzählte vom standhaften Kämpfen der Grenzlanddeutschen um ihre Sprache, dieses besten deutschen Kulturgutes und wie Vater und Mutter nach schwerer Tagesarbeit mit ihren Kindern über der Fabel litten, wenn kein Wanderlehrer und keine Pfar schule mehr gelitten werden. Noch manches andere wurde vom Ringen jenseits der Reichsgrenzen berichtet. In völliger Stille, mit größter Aufmerksamkeit und Ergriffenheit und mit Augen, die von Opferfreudigkeit leuchteten, sah die Schüler schaar da, um am Schluß in begeistertem Beifall dem Vortragenden zu danken. Durch ihn hatten sie ganz verstehen gelernt, warum sie immer Kaufleute für die deutschen Auslandsschulen sammelten, warum sie ihren deutschen Mitschülern im fremden Land helfen mußten und wie sie das machen konnten. Am Abend fand dann die Jahresversammlung des V. D. A. Ortsgruppe Wildbad im Saale des Hotels Post statt. In erfreulich starker Zahl waren Mitglieder und Gäste er schienen, ein Zeichen, wie groß die Anteilnahme an den Aufgaben und Zielen des V. D. A. bei der hiesigen Bevöl derung ist. Nach kurzer Einleitungsrede seitens des 2. Vor sitzenden Herrn Rektor Dengler, kamen Tätigkeits- und Kas senbericht des Schriftführers Herrn Loebl und Kassierers Herr Illmann zur Verlesung, worauf sofort die Neuwahlen vorgenommen wurden. Diese ergaben durch Zuzug Wieder wahl der bisherigen Vorstandschaft. Nach dem Vortrag mehrerer Musikstücke durch Herrn Oberlehrer Kern, sowie Herrn Schlegel jr. und dem gemeinsamen Gesang des Liedes „Preisend mit viel schönen Reden“ kam dann der Haupt redner des Abends, Herr Direktor Hlamna zum Wort. In eindrucksvoller Weise, unterstützt durch gute Lichtbilder, führte uns der Redner von der Südtiroler Grenze bis nach den Osttaaten, überall dasselbe deutsche Leid aufzeigend, aber von allen Grenzen auch Kunde gebend von man nhaftem Kampf um die Behauptung der deutschen Mutter sprache unter sorgfältiger Anpassung an die jeweils durch den Fremdstaat nötig gemachten Mittel. Vom Fliehen der Sprachgrenzen im Osten sprach er uns, die wir im Westen nur die seit Jahrhunderten feststehenden Grenzen kennen, von sorgfältiger Verteidigung und Erhaltung des jetzigen Bestands, wie es unter den heutigen Verhältnissen das einzig Gebotene ist. Aber auch von der Hoffnung, daß das heute nicht für alle Zukunft endgültig ist. Reicher Beifall lohnte dem Redner, der Vorsitzende dankte allen Mitwirkenden und Erschienenen und noch lange saß man in lebhaftem Gedankenaustausch beisammen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der neue Oberbürgermeister von Köln. An Stelle des abgegangenen bisherigen Oberbürgermeisters P. Adenauer (Zentr.) wurde vom Staatskommissar in Köln der der RWAP. angehörige Diplomingenieur Brandes zum Oberbürgermeister ernannt. Brandes ist 1899 in Wolfen büttel (Braunschweig) geboren und evangelischer Konfession.

Die Erdbeben- und Brandschäden in Kalifornien werden von den Versicherungsgesellschaften auf 50 Millionen Dol lar geschätzt. So viel bis jetzt amtlich festgestellt werden konnte, sind 82 Menschen ums Leben gekommen, und zwar in Long Beach 55, in Compton 17 und in Huntington 10. Die ersten Angaben waren also weit übertrieben.

Wirbelsturm in Amerika. In den Grenzgebieten von Ken tucky und Tennessee wütete ein Wirbelsturm, der im ganzen 20 Todesopfer gefordert hat. Mehrere hundert Personen wurden verletzt, zahlreiche Häuser in Nashville und anderen Städten zerstört.

Während der Fastenzeit leisten der Hausfrau Magg's Fleischbrühwürfel wertvolle Dienste. Mit ihrer Hilfe kann man auch ohne Suppenfleisch eine vorzügliche Fleischbrü he zum Trinken, zum Kochen von Gemüsen und Hülsenfrüchten sowie zur Bereitung von Soßen aller Art herstellen. 1 Magg's-Fleischbrühwürfel, einfach in 1/4 Liter kochendem Wasser aufgelöst, gibt augenblicklich gebrauchsfertige Fleisch brühe.

Unlliche Dienstaachrichten

Verleht: Obersekretär Schippert beim Oberamt Waiblingen auf die erledigte Obersekretärstelle beim Oberamt Göttingen.
Verliehen: Den Ministerialsekretären Feuerhake, Edt, Fasse und Diegel im Innenministerium und den Verwal tungssekretären Bieder mann beim Oberamt Aalen, Knauß bei der Heilanstalt Weinsberg und Zimmermann beim Straßen- und Wasserbauamt Ludwigsburg je die Amtsbezeichnung „Verwaltungssekretär“.
Uebertragen: Eine Handelschulratsstelle an der Handelsschule in Reutlingen dem Handelschulrat Joseph Wolf dabeist, eine Gewerbetlehrerstelle an der Gewerbeschule Kirchheim-T. dem Hilfslehrer Reinhold Zumärtler dabeist, dem Obersekretär Fuge bei der Oberrechnungskammer eine Rechnungsratsstelle der Gr. 6 bei der Staatshauptkasse.

Handel und Verkehr

Der deutsche Außenhandel im Februar 1933

Im Februar beträgt die Einfuhr 347 Mill. RM., die Aus fuhr 374 Mill. RM., der Ausfuhrüberschuß bezieht sich mithin auf 27 Mill. RM. gegen 23 Mill. RM. im Januar. Von dem nach den absoluten Ergebnissen um 21 Mill. RM. geringeren Wert der Einfuhr im Februar entfallen 13 Mill. RM. auf die Rohstoffe und 8 Mill. RM. auf die Lebensmittel. Der Durch schnittswert der Gesamteinfuhr hat gegenüber dem Vormonat keine Veränderung erfahren, so daß Wert- und Umfangsbewegung der Gesamteinfuhr nicht verschieden sind. Von dem um 17 Mill. RM. geringeren Wert der Ausfuhr entfallen 15 Mill. RM. auf den Absatz von Fertigwaren. Die Gesamtausfuhr wird dem Wert nach um 4 Prozent, dem Umfang nach nur um 3 Prozent geringer ausgewiesen als im Januar.

Sparkastenvorordnung

Durch eine in der nächsten Ausgabe des Reichsgesetzblattes erscheinende Verordnung des Reichspräsidenten wird die am 31. März ablaufende Frist für die Durchführung von außerordent lichen Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Spar kastenwesens bis zum 31. Dezember verlängert und zugleich be stimmt, daß zur Umwandlung von kommunalen Sparkassen in staatliche oder private Institute die Zustimmung des Reichswirt schaftskommissars erforderlich ist. Diese Einschränkung soll eine Ge währ dafür bieten, daß bei solchen Umwandlungen nur die Inter essen der Sparer berücksichtigt und Beunruhigungen vermieden werden.

Berliner Dollarkurs, 15. März, 14,46 G., 14,50 B.

Berliner Pfundkurs, 15. März, 4,186 G., 4,194 B.

100 franz. Franken 16,54 G., 16,58 B.

100 Schweiz. Franken 81,37 G., 81,153 B.

100 österr. Schilling 48,45 G., 48,55 B.

Dt. Abl.-Anl. 69,15, ohne Ausf. 10.

Privatdiskont 3,875 p. h. kurz und lang.

Württ. Silberpreis, 15. März, Grundpreis 41,20 RM. d. Ag.

Uebersetzung der neuen amerikanischen Schatzscheinausgabe. Die am Mittwoch zur Zeichnung aufgelegten 800 Millionen Dollar 4 1/2-prozentiger Noten, deren Gegenwert teilweise zur Rückzahlung der am 15. März fälligen 661 Millionen Dollar 3 1/2-prozentiger Noten verwendet werden soll, sind nach Mitteilung des Schatz sekretärs Woodin schon 2 1/2mal überzeichnet worden.

3,2 v. h. Alkohol. Das Abgeordnetenhaus in Washington hat einen Gesetzentwurf angenommen, nach dem der Ausschank von Bier mit 3,2 v. h. Alkohol in allen Staaten genehmigt wird, in denen der Bierausschank nicht durch besonderes Staatsgesetz ver boten ist.

Stuttgarter Börse, 14. März. Die heutige Börse war bei lebhaftem Geschäft feier. Am Rentenmarkt waren die Kurse der Württ. Goldpfandbriefe bei lebhaftem Geschäft vereinzelt weiter um 1/4 gesteigert. Der Aktienmarkt war bei sehr lebhaften Umsätzen feier.

Berliner Getreidepreise, 14. März. Weizen märk. 19,50-20, Roggen 15,50-15,70, Braugerste 17,20-18, Futter- und Indus triergerste 16,30-17,10, Hafer 12,60-12,90, Weizenmehl 23,50 bis 27,25, Roggenmehl 20,90-22,75, Weizenkleie 8,75-9, Roggenkleie 8,75-9.

Magdeburger Zuckerpreise, 14. März. Innerhalb 10 Tagen 31,95, März 31,90-31,95. Tendenz ruhig.

Weitere 2 Prozent Zinkblechschwa. Die Südd. Zinkblech händlervereinigung hat mit Wirkung ab Montag ihre Preise um 2 Proz. erhöht, nachdem diese bereits am 8. März um 2,5 und am 1. März um 1,5 Prozent heraufgesetzt worden waren.

Geringes Ergebnis der deutschen Bodensee-Fischerei im Januar. Im Bodensee und Rheingebiet sind im Januar von deutschen Fischern insgesamt nur 2500 Kg. Fische im Werte von 2100 Mk. an Land gebracht worden, während das Jangergebnis im Januar 1932 3400 Kg. um 3800 Mk. und im Dezember 1932 noch 10 200 Kg. um 16 000 Mk. betragen hatte.

Die Zentralkasse Württ. Genossenschaften e. G. m. b. H. Stutt gart verzeichnet für 1932 einen Gewinn von 118 137 (i. V. 117 318) Mark, aus dem 5 (6) Proz. Dividende zur Verteilung vorgeschlagen, den Reserven 80 000 Mark überwiesen und 7537 (598) Mark vor getragen worden.

Die Deutsche Zündholzfabriken AG, Berlin, die deutsche Pro duktionsgesellschaft für das deutsch-schwedische Zündholzmonopol, wird diesmal wieder eine Dividende verteilen, nachdem die rus sische Sünderkonkurrenz in diesem Jahr den Markt nicht mehr so stark beunruhigt habe wie vorher. Die Gesellschaft hatte in den letzten drei Jahren keine Dividende mehr verteilt.

Zahlungseinstellung. Kleiderfabrik Jakob Potting AG, Glöblich-Abend. Zweite Zahlungseinstellung.

Stuttgarter Börse, 15. März. Die heutige Börse war bei fester Grundtendenz uneinheitlich. Am Rentenmarkt waren die Kurse der Württ. Goldpfandbriefe bei anhaltender Nachfrage gut ge halten. Württ. Kreditverein Goldpfandbriefe meist 90 Proz. über schritten. Altbespannleihe 69 1/2 (mehr 1/2). Der Aktienmarkt war bei lebhaften Umsätzen uneinheitlich.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 15. März. Weizen märk. 19,80-20, Roggen 15,50-15,70, Braugerste 17,20-18, Futter- und Indus triergerste 16,30-17,10, Hafer 12,60-12,90, Weizenmehl 23,25-27,10, Roggenmehl 20,80-22,65, Weizenkleie 8,75-9, Roggenkleie 8,75 bis 9,00 Mk.

Allgäuer Butter- und Käsebörsen Kempten, 15. März. Molkerei butter 1. Qualität 81 (am 8. März 84), 2. 69 (72), Verkauf: ruhig, Rahmeinkauf bei 43 Fetteinheiten ohne Buttermilchrückgabe 81 (84) Pfg.; Weichkäse 20 Proz. Fettgehalt (grüne Ware) 17-19, Verkauf: unverändert; Allgäuer Emmentaler 45 Proz. Fettgehalt 1. Qualität 72-77, 2. 63-68, Verkauf: unverändert. Die Preis sind Erzeuger-Verkaufspreise ab Station des Erzeugers ohne Ver packung für 1 Pfund.

Magdeburger Zuckerpreise, 15. März, März 31,70, 31,90 u. 31,95.

Märkte

Heilbronner Schlachthausmarkt. Zufuhr: 2 Bullen, 80 Jung rinder, 40 Rüge, 72 Kälber, 236 Schweine. Preise: Bullen 4, 21, Jung rinder 1, 28-29, 2, 24-26, Rüge 1, 19-21, 2, 14-15, Käl ber 1, 40-42, 2, 36-38, Schweine 1, 40, 2, 36-38 Mk. Marktver lauf: Großvieh langsam, Kälber belebt, Schweine langsam.

Viehpreise. Cords: Farren 170, Rüge 205-320, Jungvieh 119 bis 245. — Reutlingen: Ochsen 320-450, Rüge 250-300, Kal binnen 250-300, Rinder 80-250, Pferde 350-1000. — Schullerried: Ochsen 100-270, Rüge 235, Kälber 220-235, Jungvieh 90 bis 190 Mk.

Schweinepreise. Buchau a. T.: Milchschweine 19-22. — Böhler lann: Milchschweine 15-22,50. — Cords: Milchschweine 18-24. — Niederstetten: Milchschweine 17-20. — Reutlingen: Milch schweine 17-24, Läufer 33-46. — Schullerried: Milchschweine 20-22,50. — Tettnang: Ferkel 15-24. — Waldsee: Milchschweine 17,50-21. — Weikersheim: Milchschweine 17,50-21 Mk.

Fruchtpreise. Leutkirch: Weizen 10, Roggen 10, Gerste 8,80 bis 8,90, Hafer 7-7,20 Mk. — Waldsee: Hafer 6,40, Weizen 7,60 Mk.

Stuttgarter, 13. März. Häute- und Felleauktion. An der heutigen württ. Häute- und Felleauktion wurden für das württ. Auktionsgefälle folgende Preise erzielt: Kuhhäute 30-40 Pfd. 23,75-29 Pfd. 50-59 Pfd. 28-33 Pfd., 60-79 Pfd. 30,25 bis 35 Pfd., 80-100 u. m. Pfd. 37-38 Pfd.; Ochsenhäute bis 29 Pfd. 22 Pfd., 30-49 Pfd. 24 Pfd., 50-59 Pfd. 32,25-33,5 Pfd., 60-70 Pfd. 32-36,5 Pfd., 80-99 Pfd. 29,75-35 Pfd., 100 u. m. Pfd. 27-35,75 Pfd.; Rinderhäute bis 29 Pfd. 34,75 Pfd., 30-49 Pfd. 34,25-38,75 Pfd., 50-59 Pfd. 35,25-40 Pfd., 60 bis 79 Pfd. 36-40 Pfd., 80 u. m. Pfd. 38,75 Pfd.; Bullenhäute bis 29 Pfd. 23 Pfd., 30-49 Pfd. 23,5-28 Pfd., 50-59 Pfd. 26,5-29 Pfd., 60-79 Pfd. 26,25-29,25 Pfd., 80-99 Pfd. 22 bis 25,25 Pfd., 100 u. m. Pfd. 21,75-22 Pfd.; Schafhäute 22 bis 24 Pfd.; Kalbfelle: bis 9 Pfd. 44,5-55 Pfd., 9,1-15 Pfd. 41,5-46 Pfd., 15,1-20,1 u. m. Pfd. 43 Pfd.; Schafstaltbelle 30 Pfd.; Ferkelfelle 24 Pfd.; Schafsfelle vollwollig 23,5-26 Pfd., Schaf 15 Pfd. Tendenz: Kalbfelle gut letpreilig und sämtliche verkauft, Großviehhäute behauptet bei flotten Geboten, letpreilig bei leichten Aufschlägen. Nur Rinder 50-59 und 60-79 Pfd. blieben auf alten Preisen etwas schwächer.

Elwangen, 15. März. Rauchwarenmarkt. Der heutige Rauchwarenmarkt in der städt. Turnhalle war nur mäßig be schickt. Der Handel ging schleppend. Aufgelegt und bezahlt wurden: 12 Edelmarler bis 47 Mk., 80 Rüge bis 12 Mk. (privat bis 15 Mk.), 25 Ittise bis 6,50 Mk., 12 Dähle bis 4 Mk., 120 Hasen bis 15 Pfd. Einzelne schöne Exemplare wurden von Privatpersonen gekauft.

Das Weller

Der Hochdruck liegt jetzt über Südwesteuropa. Unter seiner Einwirkung ist für Freitag und Samstag vielfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Erste Qualität fettes Ochsenfleisch

Pfund 56 Pfennig bei

Hermann Schmid.

Großer Laden

in bester Kurlage zu mieten gesucht. Offerten unter D. B. 125 bef. Rudolf Mosse, Dresden.

Erklärung!

Da in den letzten Tagen das unwahre Gerücht durch die Stadt ging, der Arbeiter-Sportverein Wildbad wäre Mit glied der Rot-Sportbewegung, so erklären wir hiermit, daß dieses Gerücht auf völlige Unwahrheit beruht, denn der Ar beiter-Sportverein Wildbad ist seit Gründung desselben (1926), Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Deutsch lands, Sitz Leipzig.

Auch verwahren wir uns ganz entschieden gegen die un wahren Gerüchte, unser Sportverband sowie der Arbeiter-Sportverein Wildbad hätte eine politische Einstellung. Wir betreiben nur Sport auf volkstümlicher Grundlage zur Er tüchtigung der Körperpflege. Politische Umtriebe innerhalb des Vereins, sowie Unterstützung der Rot-Sportbewegung ist unseren Mitgliedern streng untersagt und wird mit Aus schluß aus dem Verein, sowie aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund geahndet.

Wildbad, 16. März 1933.

Arbeiter-Sportverein Wildbad Der Ausschuß.

Freiw. Arbeitsdienst.

In Neuenbürg wird ein Bollager des freiw. Arbeits dienstes errichtet, in das auch hiesige Arbeitsdienstwillige eintreten können. Diejenigen Arbeitslosen, welche hieran teilnehmen wollen, haben sich am Montag, den 20. März, vormittags 8 Uhr, im Lager bei der alten Kunstmühle in Neuenbürg zu stellen.

Wildbad, den 16. März 1933.

Bürgermeisteramt.

Ihre Vermählung

beehren sich bekannt zu geben

Emil Kramer

Anna Kramer

geb. Wurz

16. März 1933

An die Mitglieder des Turnvereins Wildbad!

Der Vorzugspreis der Festkarte für das 15. Deutsche Turnfest in Stuttgart beträgt bei Zahlung vor dem 31. März RM 5.- und wollen Festteilnehmer sich umgehend beim 1. Vorsitzenden, Herrn Adolf Stern, Kaufmann, anmelden. Da nach Ablauf obiger Frist die Festkarte RM 6,50 kostet, liegt es im eigenen Interesse der Fest-Besucher, diese Ber günstigung für sich in Anspruch zu nehmen.

Der Turnrat.

Ev. Kirchenchor.

Das Neuenbürger Konzert findet umhändelhalber nicht statt.

Wildbrett.

Frische

Qualitäts-Fische:

Kabliau, Schellfisch

Brathering

Rotzungen

Forellen

Rehbüge, Ragout

empfehl

Wd. Blumenthal

Telephon 264

Lagerraum

im Zentrum der Stadt an der Wilhelmstraße gelegen, auch als Werkstätte geeignet,

zu vermieten.

Zu erfragen bei

L. Pfeiffer

Wilhelmstraße 19, Hinterhaus.

Arbeiter-Sport-Verein Wildbad.

Samstag, den 18. März 1933

abends 8 Uhr, findet im Lokal „Schwarzwalddhof“ eine

Monats-

Bersammlung

statt.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Anschließend findet

Spielerziehung

für sämtliche aktiven Spieler

statt.

Der Ausschuß.

